

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkenstr. 45, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4511 62 49
Biz.: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 1, 8. Januar 2004

Einblicke

Verantwortung

Von Helmut Lölhöff

In diesem Jahr stehen 14 Landtags- und Kommunalwahlen auf dem politischen Programm, außerdem die Europawahl. Werden rechtsextreme Parteien zulegen oder abnehmen? Die Trends sprechen dafür, dass es keine Sprünge nach oben gibt. NPD, DVU und Republikaner sind zerstritten, das ganze Lager ist zersplittert. Die rechtspopulistische Schill-Partei hat sich gespalten. Eine medientaugliche Führungsfigur ist nirgends in Sicht. Aber Vorsicht mit Prognosen: Schon öfter haben wir erlebt, dass Rechtsextreme plötzlich unerwarteten Zulauf hatten. Es könnte ja sein, dass sich verbreitete Enttäuschung über unbeliebte politische Entscheidungen wieder einmal in unkalkulierbarem Wahlverhalten Luft macht.

Darum haben seriöse Politiker eine besonders hohe Verantwortung: Sie haben nicht nur das Selbstverständliche zu tun und sich gegen Rechtsaußen glaubwürdig und überzeugend abzugrenzen; sie müssen vor allem das, was sie wollen, so erklären, dass es verstanden wird. Rechtsextremismus gedeiht in einem Klima der Unzufriedenheit und auf dem Humus der Uninformiertheit. Das gilt nicht nur in Deutschland, sondern auch für die Wahlen im erweiterten Europa. Es ist eine schwere, aber zu bewältigende Aufgabe, gerade dort, wo bekannte Gefahren lauern, gemeinsam und stark für Demokratie zu werben.

Wir werden weiter das unsere dazu beitragen. Um neue Interessenten zu erschließen, wird sich der „blick nach rechts“ im Frühjahr erheblich verändern. Wir erscheinen künftig vollständig im Internet, der Versand einer gedruckten Ausgabe wird aufgegeben. Nicht nur Kostengründe zwingen uns dazu, auch sich verändernde Informationsgewohnheiten erfordern dies. Keine Sorge: es wird nicht weniger, sondern mehr und schnellere Informationen geben. Und für die Abonnenten wird der Bezug des „blick nach rechts“ preiswerter. In den kommenden Ausgaben werden wir die geplanten Neuerungen erläutern.

A 13861

rechts

Kräfte mobilisieren

Wegen interner Differenzen demonstrieren die Hamburger Neonazis mehrmals gegen die Wehrmachtsausstellung.

Seite 2 ■

Kriminelle Vereinigung

Mit dem Urteil gegen Mitglieder der rechtsextremen Band „Landser“ hat die Berliner Justiz einen neuen Maßstab angelegt.

Seite 3 ■

„SS der Bewegung“

Die elitären, gewaltbereiten Hammerskins sind weltweit vernetzt.

Seite 4 ■

Eine schlimme Rede

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy setzt sich mit den Thesen von Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert (CDU) auseinander.

Seite 8 ■

Tage der Erinnerung

In 2004 jähren sich auch zahlreiche Daten der deutschen Vergangenheit.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Rechte Strategien**

Wegen der Differenzen der führenden Kader marschieren die „Freien Nationalisten“ in Hamburg mehrmals gegen die Wehrmachtsausstellung auf.

Die Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ 1995 auf Kampnagel nahmen die Neonazis in Hamburg nicht wahr. Nun haben die „Freien Nationalisten“ gleich zwei Aufmärsche gegen die „Schandausstellung“ in der Hansestadt an der Elbe angemeldet. Vom 28. Januar bis zum 29. März wird die Ausstellung im Kulturzentrum in Hamburg-Winterhude zum letzten Mal gezeigt. Nicht nur aus Aktionismus wollen die „Freien Nationalisten“ gleich mehrmals aufmarschieren, sondern auch wegen Differenzen über die rechte Strategie.

Unter dem Motto „Reemtsma lügt – Wahrheit siegt“ wirbt das „Aktionsbüro Norddeutschland“ um Thomas Wulff für eine „Aufakt demonstration“ am 29. Januar. Zwei Tage nach der Eröffnung der Ausstellung will das Aktionsbüro „ein letztes Mal alle Kräfte gegen Reemtsma“ mobilisieren. „Nicht warten bis der rote Spuk vorbei ist“, verkündet das Büro, „sondern von Anfang an protestieren und Druck machen“. Die Propaganda des Aktionsbüros, das neben Wulff maßgeblich von Tobias Thiessen geleitet wird, beinhaltet sogleich eine Kritik an Christian Worch. Hat Worch doch, obwohl schon eine Aufmarschanmeldung des Büros vorlag, für den 27. März eine Demonstration in Barmbek beantragt. Weitere Informationen zu dem Marsch „Hamburg für die Ehre der deutschen Wehrmacht“ hat er noch nicht verlauten lassen.

Seit Monaten liegen die drei Neonazikader im Streit über die Notwendigkeit von Aufmärschen und der Bündnisnähe zur NPD. Während Worch in „vielen Aufmärschen“ die „wirksamste Waffe gegen Repression und fehlerhafte Politik“ und eine große Entfernung zur NPD wegen der V-Männer-Skandale als nötig ansieht, betrachten Wulff und Thiessen dies anders. Sie plädieren für: „Demokultur statt Demotourismus“, auch um regionale Kameradschaften zu unterstützen, und eine ergänzende Bündnispolitik mit der NPD. So ruft das Aktionsbüro alle Kameraden dazu auf, „einen Tag nach dem Jahrestag der Machterhebung“ weitere

Aktionen durchzuführen. „Was in den nachfolgenden Wochen während der Ausstellungszeit an öffentlichen Protestformen möglich ist, wird noch offen gelassen“. Material für selbständige Aktionen der Kameradschaften im Norden haben sie auf ihrer Website zum downloaden vorbereitet. Getreu Wulffs und Thiessens Strategie soll NPD-Bundesvize Holger Apfel bei der „Aufakt demo“ sprechen. Trotz des Streits der Herren haben sie sich aber um der „Sache willen“ wohl zusammengerauft. Denn das Aktionsbüro wirbt auch für Worchs angemeldeten Aufmarsch – als „Abschlusskundgebung“ der Kampagne.

Im März 1997 beteiligten sich die Kameradschaften noch an dem NPD-Aufmarsch gegen die „Schandausstellung“ in München. An die 5000 Neonazis und Rechtsextremisten waren gekommen. Seitdem veranstalten die „Freien Kameradschaften“ allerdings eigenständige Aktionen gegen „die Lügen und Diffamierung der Wehrmacht“. Unter dem Motto „Opa war in Ordnung – unsere Großväter waren keine Verbrecher“ führte im vergangenen Sommer die „Pommersche Aktionsfront“ gleich mehrere Demonstrationen zu der in Peenemünde gastierenden Wanderausstellung durch. Zu der „Antiwehrmachtsausstellung“ stellte die Gruppe für die anderen Kameradschaften auch Aktionsaufkleber und „T-Hemden“ mit dem Slogan und dem Bild eines blonden nach oben schauenden lächelnden Mädchens zur Verfügung. Gegen Spende und Porto können die Interessierten das Material beim „Nationalen Medienverbund“ von Michael Kutschke aus Heringsdorf beziehen. Kameraden in Halle, Sachsen-Anhalt, bestellten die T-Hemden, wie T-Shirts befreit von Anglizismen in der Szene heißen. Als im Winter die Ausstellung dort gastierte, trugen sie diese unter den Bomberjacken bei dem Gegenaufmarsch. Zuvor verklebte die Kameradschaft um Sven Liebig immer wieder Plakate und Spukis in der Stadt.

Dass die als „Wehrmachtsausstellung“ bekannt gewordene Dokumentation des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) um Jan Philipp Reemtsma 1999 schon an dem Verein zur Förderung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ übergang und inhaltlich 2000 neu entwickelt worden ist, interessiert nicht. „Schandausstellung“ bleibt „Schandausstellung“ und „Reemtsma lügt“. „Wir kennen das ja nun“, erklärt eine Pressesprecherin des HIS und betont, „die Veranstalter sind auf die Proteste vorbereitet.“

Andreas Speit

Seitenblick**„Den Hass schüren“**

Erstmals wurden in der Bundesrepublik Mitglieder einer rechtsextremen Rockband wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. In ihren Liedtexten hetzen sie gegen Juden und Linke und rufen zur Gewalt auf.

Das Kammergericht Berlin hat am 22. Dezember die drei Mitglieder der rechtsextremen Rockband „Landser“ wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und weiterer Delikte verurteilt. Der Sänger der Gruppe, Michael Regener (Jg. 1965), muss für drei Jahre und vier Monate ins Gefängnis. Der Schlagzeuger Christian Wendorff (Jg. 1975) erhielt ein Jahr und zehn Monate Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Der Bassist André Möhrcke (Jg. 1967) kam mit einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten davon. Damit wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine braune Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt.

■ **„Landser“ ist Kultband Nummer eins in der braunen Szene** ■

Michael Regener sei der „Rädelsführer“ gewesen, sagte der Vorsitzende Richter des 2. Strafsenats, Wolfgang Weißbrodt, in der Urteilsbegründung. „Er war das Herz der Band“, betonte Weißbrodt, „und die Band sollte auf die Jugend Deutschlands einwirken, um Hass und Emotionen zu schüren.“ „Landser“ hatte in den Liedtexten gegen „Nigger“, Juden, Linke und andere Feindbilder gehetzt, zur Vergiftung des Trinkwassers im Berliner Bezirk Kreuzberg sowie zum Sturm auf den Deutschen Bundestag aufgerufen und Jesus als „Juden-schwein“ bezeichnet. In Tateinheit mit der Bildung einer kriminellen Vereinigung seien Michael Regener und die Mitangeklagten auch der Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, des öffentlichen Aufforderns zu Straftaten, der Billigung von Straftaten, der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie der Beschimpfung religiöser Bekenntnisse schuldig, sagte der Richter. Die Angeklagten und die zum Urteil in den Gerichtssaal gekommenen Neonazis hörten mit verschränkten Armen zu.

Überraschend folgte der 2. Strafsensat des Berliner Kammergerichts am 22. Dezember 2003 weitgehend dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft. Diese hatte das Gericht aufgefordert, „Schneid“ zu zeigen und die Band als kriminelle Vereinigung einzustufen. Das Kammergericht hatte diesen Anklagepunkt Anfang des Jahres 2003 abgewiesen. Die Bundesanwaltschaft konnte sich jedoch mit einer Beschwerde beim Bundesgerichtshof durchsetzen. Als der Prozess im Juni vergangenen Jahres begann, standen die Musiker auch wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht.

■ **Justiz legt neuen Maßstab an** ■

Das Urteil gegen die Kultband Nummer eins der braunen Szene werden die vielen anderen rechtsextremen Rockgruppen und Liedermacher zur Kenntnis nehmen müssen. Sie sind jetzt mit einer Justiz konfrontiert, die einen neuen Maßstab anlegt. Bislang galt der Paragraph 129, der die Bildung einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt, als klassische Antwort auf Delikte linksextremer Gruppierungen. Jetzt hat der Rechtsstaat, reichlich spät, das Treiben brauner Bands als ebenso strafwürdig begriffen.

Der Prozess hat möglicherweise unangenehme Folgen für Richter Wolfgang Weißbrodt. Nach Informationen der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen des Verdachts, er habe ein Dienstgeheimnis verraten. Richter Weißbrodt hatte im vergangenen September sinngemäß dem Anwalt von Michael Regener telefonisch mitgeteilt, es stehe ein Polizeieinsatz bei einem Neonazi-Treffen bevor, Michael Regener solle die vom Gericht verhängte Kontaktsperre zu bestimmten Neonazis beachten. Der Senat hatte Regener verboten, sich mit den anderen Angeklagten und zwei weiteren Rechtsextremen zu treffen. Als die Polizei am 20. September vergangenen Jahres die Teilnehmer der Jahresversammlung der Neonazigruppe „Vandalen“ im Berliner Stadtbezirk Köpenick kontrollierte, sagte ein Szene-Anführer, man habe die Beamten erwartet. Da die Polizei den Anruf Wolfgang Weißbrodts beim Verteidiger von Regener mitgehört hatte, geriet der Richter ins Visier der Ermittler. Die Bundesanwaltschaft stellte einen Befangenheitsantrag, den der Strafsenat ablehnte. Weißbrodt reagierte unwirsch: Der Vorwurf sei „völliger Unsinn“.

Frank Jansen

Aktivitäten**„Freiheit für Landser“****Das Urteil verunsichert die rechte Szene.**

„Combat88“ macht sich nach dem „Landser“-Urteil im „Freien Forum“ Sorgen um sein Outfit: „Was wird denn nun aus meinem 'Freiheit für Landser'-T-Shirt? Darf ich das net mehr in der Öffentlichkeit tragen?“ Die Verunsicherung der Szene reicht freilich über die Optik hinaus. „Eastside“ zum Beispiel meint in dem bei Neonazis beliebten Internetforum: „Mit diesem Urteil ist jede Musikgruppe gefährdet, die sich zu weit aus dem Fenster der Legalität lehnt.“ Diese Sorge teilt auch die NPD. Die Folgen für die Musikszene dürften nach dem Urteil noch gar nicht abzuschätzen sein, schreibt Christian Sydow auf der NPD-Homepage: „Politisch unkorrekte Musik, die gerade bei jungen Leuten gut ankommt, kann damit ganz schnell auf die kriminelle Ebene geschoben werden.“ Ganz unverhohlen wird im Online-Musik-Portal „HatecoreTK“ gedroht: „Irgendwann werden sie sich wünschen, wir hätten NUR Musik gemacht!“

Direkt nach der Urteilsverkündung marschierten Neonazis – das HJ-Lied „Ein junges Volk steht auf“ grölend – vom Berliner Kammergericht zum Potsdamer Platz. Kleinere Aktionen von Neonazis gab es in der Folge auch in anderen Städten. In Dortmund breiteten Mitglieder der örtlichen Kameradschaft am Tag nach der Verurteilung vor dem Hauptbahnhof ein großes Transparent aus, auf dem „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ gefordert wurde. Per Flugblatt verlangten sie „Freiheit für Landser“. In Karlsruhe starteten Neonazis am selben Abend eine Demonstration durch die Innenstadt. Das Aktionsbüro Mittelhessen berichtete über Demonstrationen in Marburg und Kirchhain. Für den 10. Januar hat der Hamburger Christian Worch eine weitere Demonstration in Berlin angemeldet.

Dabei ist die Solidarität mit den „Landser“-Mitgliedern nicht ungeteilt. Weitgehend unumstritten ist in der Szene Sänger und Texter Michael Rege-ner. Seinen Mitangeklagten wird aber vorgehalten, mit ihren Aussagen zu Denunzianten geworden zu sein. Doch selbst mit ihnen hat „Major Koenich“ im „Freien Forum“ noch Mitleid: Wenn sie nun Sozialstunden in einem jüdischen Altersheim ableisten müssten, sei das „ja schlimmer, als würde man einen vom KKK nach Afrika schicken“. *Tomas Sager*

Hintergrund**Rechtsextreme Elite****Nach ihrem Selbstverständnis betrachten sich die international agierenden Hammerskins als „SS der Bewegung“. Die elitäre, gewaltbereite Organisation ist weltweit vernetzt.**

Die Hammerskins zählen zu den beständigsten und etabliertesten Skinhead-Organisationen überhaupt. Gegründet in Dallas, Texas, Ende der 80er Jahre, bestehen mittlerweile Gruppen in allen Teilen der USA (bekannt unter Namen wie Confederate, Northern oder Midland Hammerskins) sowie international. Dezentral und eigenständig organisiert, bilden alle Hammerskin-Gruppen die „Hammerskin Nation“, die einem Verhaltenscodex unterworfen sind. Allgemein sehen sich Hammerskins als die „SS der Bewegung“, das heißt als Elite innerhalb der gesamten extremen Rechten. Alkoholexzesse sowie anderer Drogenmissbrauch sind nach diesem Code untersagt und die Repräsentation und Verteidigung der „weißen Rasse“ stehen im Mittelpunkt.

Das Selbstverständnis der Hammerskins, aus der Arbeiterklasse hervorgegangen zu sein, spiegelt sich auch in ihrem Wappen, das zwei gekreuzte Zimmermannshämmer und ein Zahnrad zeigt, wieder. Die dezentrale Struktur und die ideologisch definierte Mitgliedschaft erinnern an Louis Beam's Modell des „führerlosen Widerstandes“ (BnR 23/03), die zentrale Stellung der Rasse und die flexible und untergeordnete Rolle von Religion an Tom Metzger's White Aryan Resistance (WAR).

Seit den 90er Jahren ist eine rasante Internationalisierung der Hammerskin Nation zu beobachten. Neben so genannten Chapters in Australien, Kanada, Großbritannien, den Niederlanden, in Frankreich, Neuseeland, der Schweiz und in Deutschland haben sich auch starke Gruppen in der Tschechischen Republik, in Polen, Slowenien, Bulgarien, Serbien und in Russland gebildet. Sie sind durchweg straff strukturiert und als gewaltbereit einzustufen.

In Deutschland ist die „arische Bruderschaft“ der Hammerskins seit ungefähr 1991 aktiv und zählte allem Ermessen nach niemals mehr als 150 Mitglieder. Trotzdem organisieren sie regelmäßig gut besuchte Rechtsrock-Konzerte. Ihr Einfluss auf die

subkulturelle rechte Szene ist nicht zu unterschätzen.

Deutlich wurde dies unter anderem bei einer Serie von Wohnungsdurchsuchungen im Juli 2002, bei der unter Federführung der Staatsanwaltschaft Dresden mehr als 150 Polizeibeamte in sieben Bundesländern über 40 Wohnungen von Hammerskins durchsuchten und unter anderem NS-Devotionalien, Computer und mehrere hundert indizierter CDs beschlagnahmten. Waffen oder Sprengstoff wurden nicht gefunden; allerdings waren die Fahnder bei einer früheren Aktion gegen einen Anführer der sächsischen Hammerskins, den bereits wegen anderer Delikte rechtskräftig verurteilten Neonazi Mirko Hesse, auf Waffen gestoßen. Nach Auswertung der Computerfestplatten ergab sich für die Ermittler ein Bild hohen Organisationsgrades der Gruppe und eine enge Vernetzung mit anderen europäischen Chapters. So waren die sächsischen Hammerskins beispielsweise angeblich finanziell und logistisch in der Lage, getarnte Reisen von Gruppenmitgliedern zu Gesinnungsgenossen in den USA zu organisieren. Dort sollen unter anderem Treffen mit dem vorbestraften Neonazi-Aktivisten und Holocaust-Leugner Gary Rex Lauck stattgefunden haben.

■ Musik als Bindeglied zwischen den Hammerskin-Gruppen ■

Am Abend des 29. November 2003 sprengten dann ein Spezialeinsatzkommando und 250 Beamte der Polizei das konspirativ vorbereitete Jahrestreffen der Hammerskins in Berlin. Kurz zuvor war der Treffpunkt bekannt geworden: der „Pankower Bär“, ein einfaches Lokal im Berlin-Pankower Ortsteil Niederschönhausen, ein Plattenbau-Relikt aus DDR-Zeiten. Die 15 Berliner Hammerskins hatten neben bayerischen, Schweizer und französischen „Brüdern“ auch die Ost-Berliner Neonazi-Rocker „Vandalen“ und nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ weitere bekannte Aktivisten wie den ehemaligen Kroatien-Söldner Eckart Bräuninger eingeladen. Auch hier zeigte sich wieder, dass die deutschen Hammerskins bestens in den radikalsten Teil der rechtsextremen Szene integriert sind und auch über eine große Anzahl internationaler Kontakte verfügt.

Eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen den Hammerskin-Gruppen ist die Musik. Mitglieder der den Hammerskins nahe stehenden amerikani-

schen Band „Bound For Glory“ sind auch Begründer des Labels und Vertriebs „Panzerfaust Records“ in Newport, Minnesota. Neben nazistischer Literatur, Neonazi-Devotionalien aller Art und Tonträgern anderer rechter Bands sind im Panzerfaust-Internetvertrieb auch alle in Deutschland indizierten Tonträger der Neonazi-Kultband „Landser“ erhältlich. Da deutsche Kameraden scheinbar besonders gute Kunden sind, sind auf der Panzerfaust-Webseite die Bestellinformationen auch in deutscher Sprache angegeben.

■ „Hammerfest“ als Woodstock des White-Power-Rock ■

International besetzt ist auch jedes Jahr das in den USA abgehaltene „Hammerfest“, das mit gutem Grund als Woodstock des White Power Rock bezeichnet wird. Beim Hammerfest 1999 in Bremen, Georgia, erlebten rund 200 Gäste aus aller Welt einschlägige Bands wie „White Wash“, „Dying Breed“, „Intimidation One“, „Max Resist“, „Bulldog Breed“, „Bully Boys“ und „Midtown Bootboys“. Im März 2000 veranstaltete die Hammerskin Nation mit Panzerfaust Records die so genannte „Vinland Tour 2000“, unter anderem mit der schwedischen Gruppe „Pluton Svea“. Im Oktober des Jahres nahmen rund 300 Personen am Hammerfest 2000 teil und ergötzen sich an insgesamt 14 Bands, so unter anderem „Brutal Attack“, „Extreme Hatred“, „Code of Violence“ und „Hatecrime“. Rund 350 Hammerskins besuchten das Hammerfest 2003 am 13. September in Harrisburg, Pennsylvania, mit den Bands „Mistreat“, „H8Machine“, „Max Resist“, „Intimidation One“, „Hammerhead“ und „Slay the Beast“. Beim „Hammerfest Europe“ im August 2002 in der Schweiz, in der Nähe von Zürich, trat unter anderem auch die deutsche Band „Noie Werte“ um den Reutlinger Rechtsanwalt Steffen Hammer auf.

Die latente Gewaltbereitschaft und punktuelle Verbindungen zur Rotlichtszene in Verbindung mit dem Verhaltenskodex, machen die Hammerskins zu einer der unberechenbarsten Größen der internationalen rechtsextremen Szene. Nachdem am 22. Dezember vergangenen Jahres die berühmt berüchtigte braune Band „Landser“ vom Berliner Kammergericht als kriminelle Vereinigung nach Paragraph 129 verurteilt worden ist, mag dies in naher Zukunft auch den Hammerskins blühen.

Thomas Grumke

Aktivitäten**Kräftebündelung**

Vertreter von NPD, DVU und Republikanern haben sich zu einem Nationalen Bündnis Dresden zusammengeschlossen.

Parteiübergreifend wollen Rechtsextremisten am 13. Juni den Sprung ins Parlament der sächsischen Landeshauptstadt schaffen. Beim Nationalen Bündnis Dresden e.V. (NBD) handelt es sich um ein lokales Projekt der NPD-orientierten extremen Rechten mit bundesweiter Ausstrahlung. Gegründet wurde das Nationale Bündnis in Dresden am 24. April vergangenen Jahres im Hinblick auf die Kommunalwahl in Sachsen. Am 13. Juni 2004, dem Tag der Wahl zum Europaparlament, werden auch die Stadt- und Kreisträte im Freistaat Sachsen neu gewählt.

Eingeladen hatten zur formalen Gründungsversammlung in die Gaststätte „Zur Post“ in Dresden im April 2003 die Rechtsextremisten René Despang (NPD), Frithjof „Freddy“ Richter (Republikaner), Hans-J. Lewin (DVU) und Wolfgang Schwarz (parteilos, ehemals REP-Kreisvorsitzender von Dresden). Seit Herbst 2002 hatten sich aktive und ehemalige Mitglieder von NPD, DVU und REP „und Vertreter freier Nationalisten zu Gesprächen zusammengefunden, um die Möglichkeiten einer Bündelung der nationalen Kräfte in der sächsischen Landeshauptstadt zu erörtern“, wie das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ vergangenen Juli berichtete. Als Gastredner der Gründungsveranstaltung war der Verleger („Nation&Europa“) Peter Dehoust zugegen. Eine symbolische Wahl, hatte doch Dehoust einst die NPD verlassen, um sich Anfang der 90er Jahre bei der letztlich konsequent gescheiterten Sammlungspartei Deutsche Liga für Volk und Heimat zu engagieren.

Zum Vorsitzenden des Nationalen Bündnis wurde der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel gewählt. Zu seinen Stellvertretern bestimmten die Anwesenden den REP-Kreisvorsitzenden Frithjof Richter und den ehemaligen Kreisvorsitzenden der Republikaner Wolfgang Schwarz. Außerdem gehören der NPD-Kreisvorsitzende René Despang, der von 1998 bis 2002 amtierende stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Frank Rohleder und der DVU-Kreisschatzmeister Harald Zander dem Vorstand an.

Öffentlich trat das Nationale Bündnis, so der 2003 aus der Partei Die Republikaner ausgetretene Rohleder in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ vom Dezember, „erstmalig bei der NPD-Demonstration zur Erinnerung an den mitteldeutschen Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Erscheinung. Mit einem Großtransparent und der Verteilung von Flugblättern machten wir erfolgreich auf uns aufmerksam“, erklärte der Organisationsleiter der Wahlkampfaktivitäten des NB im NPD-Organ.

Seit seinem Bestehen führte das Nationale Bündnis Dresden zahlreiche Veranstaltungen mit mehr oder wenig prominenten Rechtsextremisten durch. Zum regelmäßigen Partner in Sachen Veranstaltungen erwählte sich das Bündnis die 1991 gegründete Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO). Die personelle und programmatische Nähe der JLO zur NPD kostete sie vor vier Jahren ihren Status als offizielle Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Der aktuelle JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow war zuvor unter anderem als Bundesvize bei der JLO tätig (BnR 1/03). Zu den bisherigen Rednern und Vortragenden in Dresden gehörten der emeritierte Hochschullehrer Prof. Klaus Weinschenk, in der Frühphase der Republikaner Landesvorsitzender in Berlin, Wolfgang Juchem von der Kleinstorganisation Aktion Freies Deutschland mit Sympathien für die NPD, der Musiker und NPD-Europawahlkandidat Jörg Hähnel, der Bundesvorsitzende der Deutschen Partei und einstige Mitstreiter Manfred Brunnens beim Bund Freier Bürger Heiner Kappel und der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der bereits für Februar wieder als Gast angekündigt ist.

■ „Ein Signal weit über Dresden hinaus entsenden“ ■

Die offizielle Reaktion der Parteiführung der Republikaner um Rolf Schlierer ist eine Distanzierung in Form eines Unvereinbarkeitsbeschlusses gegenüber dem eindeutig NPD-dominanten Nationalen Bündnis. Dies hat in der Konsequenz zu einem Parteiausschlussverfahren gegen Frithjof Richter geführt. Auch der auf lokaler Ebene gestartete Versuch, „ein wirksames Signal weit über Dresden hinaus zu entsenden, dass im Zeitalter zunehmender Stigmatisierung und Kriminalisierung der nationalen Opposition nur durch den verstärkten Schulterschluss aller Deutschen heute noch erfolgreiche Politik für unser Land gestaltet werden kann“, ist wohl ohne wirkliche Chance. *Benjamin Fischer*

Grauzone

Zersetzungsprozess

Die Partei Rechtsstaatliche Offensive hat sich gespalten. Neue Hamburger Schill-Fraktion läuft zu Pro-DM über.

Am 9. Dezember 2003 beendete Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust das Bündnis aus CDU, FDP und Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) nach zwei turbulenten Jahren. Der Senatschef begründete seinen Schritt mit einem „politischen Erpressungsversuch“ von Ex-Innensenator Ronald Schill. Dessen Drohung, mit mehreren Abgeordneten aus der Koalition auszuscheren und die Abstimmung über den Haushalt 2004 zu torpedieren, habe ihn zu der Erkenntnis geführt: „Jetzt ist finito!“ Nun wird am 29. Februar in Hamburg eine neue Bürgerschaft gewählt.

Nach Schills Rüpeleien gegen „inkompetente Senatoren“ und „Verräter“ in der PRO, die bundesweit auf ein gewaltiges Medienecho stießen, platzte dem lange zaudernden von Beust der Kragen. Er bezeichnete Schills unkontrolliertes Hauen und Stechen als „unwürdiges politisches Kasperle-Theater“, das mit der Würde und dem Ansehen der Stadt nicht vereinbar sei. Eine späte Einsicht, meinen zahlreiche Kritiker, die von Beust im Oktober 2001 eindringlich vor einer Kooperation mit dem Rechtspopulisten gewarnt hatten. Der Hamburger SPD-Fraktionschef Walter Zuckerer sagte: „Ole von Beust hat viel zu lange zugelassen, dass der Hasardeur Schill die Hamburger Politik bestimmt.“ Der Gescholtene wehrte sich mit einem Vergleich: „Wenn Ehen geschlossen werden, denkt niemand an Scheidung. Hinterher ist man klüger.“

Zuletzt wurde Schill auch in der von ihm gegründeten Partei persona non grata erklärt. Sogar der Zweite Bürgermeister, der langjährige Adlatus Mario Mettbach, warf seinem ehemaligen Chef „Erpressung“ vor und setzte dessen Ausschluss wegen „parteischädigendem Verhalten“ durch. Der Göttinger Politologe Peter Lösche zeigte sich über den Zersetzungsprozess in der Schill-Partei, einer „Flamme, die auf Grund von Vorurteilen hoch loderte“, nicht verwundert. Schaffen es die „politischen Amokläufer“, so Lösche, bis in die Parlamente, dann gehe es meist schnell bergab: „Es kommt zu innerparteilichem Streit, Vetterwirtschaft und eine Affäre jagt die nächste.“

Die Entscheidung, Ronald Schill aus der Partei zu verstoßen, förderte reichlich innerparteilichen Zündstoff zu Tage. Denn die Mehrzahl der Landesverbände hatte sich nach hitzigen Diskussionen gegen die Verbannung ihrer langsam verglühenden Lichtgestalt ausgesprochen. Wochenlang hatten besonders die Landesverbände Sachsen-Anhalt und Brandenburg Front gegen den Bundesvorsitzenden Mettbach gemacht. So forderte der sachsen-anhaltinische Parteichef Allan Morris vehement dessen Rücktritt. Begründung: Es solle „weiterer Schaden“ von der Partei abgewendet werden. Die Berliner Vorsitzende Anke Soltkahn blies in das gleiche Horn und bezeichnete Schills zwei Wochen zuvor beschlossene Entfernung aus der Hamburger Bürgerschaftsfraktion als „fatale Fehlentscheidung“. Aber auch aus Baden-Württemberg und Bremen waren Schill-freundliche und Mettbach-feindliche Töne zu vernehmen. „Mit dem Parteiausschluss Schills hat sich die Partei selbst skalpiert“, wettete der Bremer PRO-Vorsitzende Jan Timke.

Der Zersetzungsprozess ging weiter: Kurz vor Weihnachten gründete Schill (zusammen mit seinen Getreuen Katrin Freund, den Brüdern Theodor und Friedrich Adolphi, Horst Zwengel und Richard Braak) eine neue Fraktion im Rathaus, was den Steuerzahler mehrere 100 000 Euro kostet. Kurze Zeit später verließ der Millionär und Schill-Freund Ulrich Marseille die Partei und erklärte, eine neue politische Kraft unter der Führung Schills finanziell „definitiv“ nicht unterstützen zu wollen.

Der unberechenbare Schill hatte sich im Hinblick auf seine eigene politische Zukunft zunächst sybillinisch gegeben. Einerseits kündigte er an, sich „zivilrechtliche Schritte gegen den Parteiausschluss“ vorzubehalten, andererseits liebäugelte er mit der von seinen treuesten Anhängern bevorzugten Partei-Neugründung, um damit bei der Neuwahl anzutreten. Jetzt ist ein millionenschwerer Finanzier für den Wahlkampf auf den Plan getreten: der Verleger und Anti-Euro-Aktivist Bolko Hoffmann. Dessen populistische Partei Pro-DM (Deutsche Mitte) war bei der Bürgerschaftswahl vor zwei Jahren mit nur 1500 Stimmen gescheitert. Hoffmann, so heißt es, hätte schon 2001 gerne mit Schill kooperiert. Als „Pro-DM/Schill“ will man jetzt gemeinsam am 29. Februar antreten. Den Schill-Getreuen sollen führende Listenplätze zugesichert worden sein. Ronald Schill gibt sich zuversichtlich: „Hunderte meiner alten Partei werden jetzt zu uns übertreten“, betonte er gegenüber der „Hamburger Morgenpost“.

Volker Stahl

Gastbeitrag

„Hohmann light“

Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert hat bei der Bundestagsdebatte über das Thema Antisemitismus am 11. Dezember vergangenen Jahres eine schlimme Rede gehalten.

Von Sebastian Edathy MdB

Norbert Lammert ist ein freundlicher Mensch. Der Vizepräsident des Bundestages gilt als humorvoll, seine Debattenleitung als neutral. Norbert Lammert hat am 11. Dezember 2003 eine Rede zum Thema Antisemitismus gehalten. Eine höchst problematische, mehr noch: eine schlimme Rede. Und das weitgehend unbemerkt.

Man mag sich daran stören oder nicht, dass der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, dessen antisemitische Äußerungen Anlass für die Debatte waren, in dieser Rede mit keinem Wort Erwähnung fand. Stören muss man sich freilich daran, dass der Bundestag von Lammert Thesen zu hören bekam, die man ansonsten eher in der Rechtspostille „Jungen Freiheit“ zu lesen gewohnt ist.

Lammerts Kernaussagen:

- 1) Antisemitismus sei keine ernsthafte Herausforderung des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland. Andernorts stelle er eher ein Problem dar als hierzulande.
- 2) Eine besondere, historisch begründete Verantwortung zur Bekämpfung von Antisemitismus gebe es in Deutschland nicht.
- 3) Eine Befassung mit Details der NS-Vergangenheit schädige die Selbstachtung der deutschen Gesellschaft und sollte eher unterbleiben.

Um diese unsäglichen Thesen zu belegen, präsentierte Lammert drei Zitatgeber: Robert Goldmann („der amerikanische Journalist“), Andrzej Szczypiorski („großer polnischer Autor“) und Adolf Muschg („Schweizer Präsident der Berliner Akademie der Künste“). Mit geliehener Autorität und streckenweise unredlich bemäntelte Lammert die auch im Diskurs der rechtsintellektuellen Szene zu findenden zentralen Sentenzen seiner Ausführungen.

Rhetorisch geht das so: Zunächst stellt Lammert fest, dass es „in Deutschland nach wie vor Antise-

mitismus gibt – wie anderswo auch“. Dann stellt er die sachlich unzutreffende und wissenschaftlich widerlegbare Behauptung auf, „dass Antisemitismus in Deutschland weniger stark zum Ausdruck kommt als in den meisten anderen europäischen und außereuropäischen Ländern“. Dann fällt das erste Zitat (Goldmann), wonach „im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ... die deutschen Behörden tatkräftig“ seien und „die öffentliche Debatte ... dem Thema hohe Priorität“ gebe.

Andere Redner wiesen in der Debatte darauf hin, dass ein für antisemitische Thesen empfängliches Bevölkerungs-Potenzial von 20 Prozent ein Problem darstelle. Lammert gibt lieber Entwarnung – wenngleich er Verständnis äußert, dass „eine besondere Sensibilität nicht nur der jüdischen Öffentlichkeit für Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland“ bestehe. Dass es eigentlich selbstverständlich ist, dass Diskriminierung nicht nur den Diskriminierten, sondern als anti-demokratische Erscheinung der Gesamtgesellschaft Sorgen machen muss, sei hier nur am Rande angemerkt.

Das Vorhandensein einer spezifischen Notwendigkeit zur Begegnung von Antisemitismus im Nachfolgestaat eines Landes, in dem Antisemitismus Regierungsprogramm war, zieht Lammert später wieder in Zweifel, indem er minutenlang aus den KZ-Erinnerungen Szczypiorskis zitiert und dessen Ausführungen, die individuelle Sicht eines Opfers, regelrecht missbraucht, um historische Verantwortung zu relativieren.

■ Diskriminierung muss als anti-demokratische Erscheinung der Gesamtgesellschaft Sorgen machen ■

Einige Auszüge: Der „Lager-Kapo, der kein Deutscher war, sondern Franzose“. „... sah Polen, die mich im KZ verfolgten.“ „Ich wurde geschlagen von einem Holländer.“ „Ich sah, wie ein Deutscher einen Deutschen quälte, ein Pole einen Polen, ein Holländer einen Holländer, ein Franzose einen Franzosen; so, wie ich zwei Jahre zuvor auf einer Warschauer Straße gesehen hatte, wie ein Jude einen anderen Juden den deutschen Gendarmen auslieferte.“ Dann das entscheidende Szczypiorski-Zitat, das sich Lammert anzueignen berechtigt sieht: „Ich interessiere mich nicht für die Vergangenheit der Deutschen, der Holländer, der Polen. Ich weiß nur, was ich nicht vergessen habe: die Menschen und die Unmenschen.“

Das gefällt Lammert offenkundig so gut, dass er mit eigenen Worten nachsetzt: „Darum ... geht es im Kern: um die Menschen, nicht um Deutsche oder Polen, um Juden oder Christen.“ Dass die Ursache für all das, was Szczypiorski schildert, seine Ursache im deutschen Unrechtsstaat hatte, fällt da mal eben unter den Tisch.

Und einmal abgesehen davon, dass Antisemitismus unter Juden nicht sehr verbreitet ist, entspricht Lammerts Aussage der Argumentation seines Ex-Fraktionskollegen Hohmann, der am 3. Oktober 2003 unter anderem zu dem Fazit kam: „Daher sind weder ‘die Deutschen’, noch ‘die Juden’ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.“ Man muss nur den Begriff der „Gottlosigkeit“ durch den der „Unmenschlichkeit“ ersetzen. Es waren also nicht Deutsche, die Leid über Europa brachten, sondern Unmenschen. Und die gab es woanders, so der Vizepräsident des Bundestages, ja auch.“

■ Historische Verantwortung relativiert ■

Und deshalb wohl glaubt Lammert, noch auf Folgendes hinweisen zu müssen: „Dieses Land ... trägt auch das Erbe zweier Diktaturen in Deutschland, die aber eben nicht die ganze deutsche Geschichte sind. Deswegen ist es intellektuell nicht redlich und politisch unverantwortlich, die tausendjährige Geschichte auf wenige Jahre reduzieren zu wollen.“

Da hätte Hohmann wohl geklatscht, wenn er denn im Saal gewesen wäre. Eine von Hohmanns paranoiden Kernthesen ist schließlich die Behauptung, Deutschlands Wahrnehmung werde auf die NS-Zeit reduziert. Wer das tut, sagte Hohmann nicht. Lammert auch nicht. Zugleich bringt es Lammert aber zusätzlich fertig, das Nazi- und das SED-Regime auf eine Stufe zu stellen und damit die monströse Singularität des ersteren zu relativieren.

Hohmann pur ist dann die letzte These Lammerts: Eben weil es ja mit Blick auf die NS-Zeit nicht um deutsche Verantwortung, sondern recht eigentlich um supranationale Unmenschlichkeit gehe, müsse man sich heute nicht mehr so genau mit dieser Vergangenheit beschäftigen.

Das geht bei Lammert so: „Der Schweizer Präsident der Berliner Akademie der Künste, Adolf

Muschg, hat ... in der öffentlichen Debatte über jetzt bekannt gewordene NSDAP-Mitgliedschaften prominenter deutscher Literaturwissenschaftler die ‘Exzesse der Korrektheit’ kritisiert, welche ‘die Gesellschaft unfrei machen, unfähig sogar zum Respekt vor ihrer eigenen Leistung’. Diese Mahnung ist sicher berechtigt. Aber sie ist sicher nicht nur für Walter Jens zutreffend.“ Widerspruch gab es bei dieser Äußerung nur vom Autor dieses Textes, der voraussichtliche Bundespräsidenten-Kandidat Wolfgang Schäuble hingegen rief nach dem Protokoll des Bundestages: „So ist der Punkt.“

Der tatsächliche Punkt ist, dass Bundestags-Vizepräsident Norbert Lammert die fortlaufende Aufarbeitung der NS-Geschichte als Zumutung bezeichnet hat, der man sich nicht aussetzen solle. Denn letztlich sei „Deutschland ein großartiges Land, auf das viele Menschen überall in der Welt mit Respekt und gelegentlich mit Bewunderung blicken“. Die Beschäftigung mit deutscher Vergangenheit schadet da offenkundig.

Es war übrigens Hohmann, der in seiner Rede vom 3. Oktober 2003 vor einem vermeintlichen „Übermaß der Wahrheiten über die verbrecherischen und verhängnisvollen 12 Jahre der NS-Diktatur“ zu warnen müssen glaubte.

Norbert Lammert hat im Bundestag über das Thema Antisemitismus gesprochen. Er hat eine schlimme Rede gehalten. Er hat dabei vor allem relativiert: Das Problem des Antisemitismus, die historische Schuld Deutschlands sowie die besondere Verantwortung, die sich heute aus der deutschen Geschichte ergibt.

Martin Hohmann wird diese Rede gefallen haben, als Distanzierung wird er sie nicht erlebt haben können. Gedankentum der Marke „Hohmann light“ ist in der CDU offenkundig tolerierbar. Schlimm!

(Sebastian Edathy ist Sprecher der AG Rechtsextremismus und stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.)

Hinweis

Hamburg – In Hamburg wird die Tradition der Rathausausstellungen zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus mit einer Ausstellung zu den Hamburger Frauenaußenlagern des KZ Neuengamme fortgeführt. Die Eröffnung findet am 23. Januar 2004 im Rathaus statt.

Demokratische Initiativen**Geschichte hautnah****Berliner Jugendliche interviewen Zeitzeugen.**

Christiane und Lydia haben Lampenfieber. Die beiden 15-jährigen Berlinerinnen werden in wenigen Minuten vor Publikum ein Zeitzeugeninterview führen und Szenen aus dem Leben „ihrer“ Zeitzeugin auf einer Bühne präsentieren. Christiane und Lydia gehören zu einer Gruppe von zwölf Jugendlichen, die zwischen September und Dezember 2003 in dem Projekt „Jugendliche interviewen Zeitzeugen für Jugendliche“ mitgearbeitet haben.

„Ich hatte viele Fragen zur Zeit des Nationalsozialismus“, die in Büchern nicht beantwortet werden“, sagt Christiane. „Unsere Zeitzeugin, Gisela Jacobius, konnte dagegen Antworten geben, indem sie uns einen historischen Ausschnitt durch ihre persönliche Geschichte nahe gebracht hat.“ Gisela Jacobius, heute achtzig Jahre alt und gebürtige Berlinerin jüdischen Glaubens, überlebte die Nazizeit in wechselnden Verstecken und mit Hilfe der Schwedischen Kirche in Berlin. Für die Gruppe der Jugendlichen mobilisierte Frau Jacobius viele Erinnerungen, mehr noch: Sie suchte mit den 13- bis 16-Jährigen die Schauplätze ihrer Odyssee durch das Berlin der Jahre 1944 und '45 auf und ermöglichte den Jugendlichen so, Geschichte nachzuempfinden. Das Interview, das die Schüler/innen am Ende mit „ihrer“ Zeitzeugin öffentlich im Anne-Frank-Zentrum führten, belegte eindrucksvoll, wie viel sie in wenigen Wochen über dieses persönliche Schicksal und über die historisch-politischen Zusammenhänge gelernt hatten.

Das Projekt „Jugendliche interviewen Zeitzeugen für Jugendliche“ wird bis Ende 2005 angeboten. In dieser Zeit bereiten wechselnde Gruppen von Jugendlichen Interviews mit Zeitzeugen vor – neben dem Schicksal der untergetauchten Jüdin Jacobius wird es in einer späteren Phase etwa um die Erfahrungen einer früheren Zwangsarbeiterin aus Osteuropa gehen wie auch um die Lebensgeschichte einer ehemals überzeugten Nationalsozialistin.

Allen Einzelinterviews liegt ein Ziel zu Grunde: „Wir wollen die Wahrnehmung des ‚Anderen‘, des ‚Fremden‘ und die Fähigkeit zur Anteilnahme fördern“, sagt Eva Prausner, eine der beiden Projekt-

mitarbeiterinnen. Es gehe nicht allein darum, Jugendlichen die historische Phase des Nationalsozialismus' anhand von Einzelschicksalen zu vermitteln. „Wir möchten deutlich machen, dass auch heute das Handeln des einzelnen Einfluss auf soziale Prozesse hat“, betont Eva Prausner. So dient das Projekt nicht zuletzt der Wertevermittlung und Stärkung von Zivilcourage.

Auch insofern handelt es sich um ein typisches CIVITAS-Projekt. Denn die Arbeit mit den Berliner Jugendlichen wird aus Mitteln dieses 2001 gestarteten Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert – so wie 293 weitere Projekte im Jahr 2003. Das CIVITAS-Programm wendet sich speziell an Initiativen und Einrichtungen in den neuen Bundesländern, die mit ihren Vorhaben Ansätze der Bürgergesellschaft stärken und Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zurückdrängen helfen. CIVITAS unterstützt so unter anderem Beratungsstellen für die Opfer rechtsextremer Gewalt, Mobile Beratungsteams, lokale Initiativen und Netzwerkstellen.

Bei der Berliner Landeskongress von Projekten des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ Mitte Dezember konnte Marieluise Beck, Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, die Fortführung des CIVITAS- wie der beiden anderen Förderprogramme – entimon und xenos – bis 2006 zusichern, wobei das Fördervolumen kontinuierlich verringert wird. Trotz des Abschmelzens der Förderung bedeutet die Fortsetzung der Programme einen Erfolg, gab es doch in jüngerer Vergangenheit aus den Reihen der CDU/CSU-Opposition im Bundestag, aber auch aus dem Regierungslager Kritik an den Programmen, wie Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bei der Landeskongress berichtete. Der SPD-Politiker ist einer der Mentoren der Programme, die nach mehreren gewalttätigen Übergriffen auf Ausländer und jüdische Einrichtungen 2000/2001 initiiert worden sind.

Es sei nicht leicht, bei dieser Art von Arbeit Erfolge zu messen, erklärte Marieluise Beck. „Doch die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft ist ein Prozess, der langfristig Förderung braucht.“ Und deshalb sollen möglichst viele Projekte nach Ende der Bundesförderung weitergeführt werden – unterstützt von Kommunen, Bundesländern oder auch anderen Trägern. *Gudrun Giese*

Hintergrund**Furchtbare Juristen****Wanderausstellung zur Geschichte der Justiz im NS-Staat.**

Zum Beispiel Erna Wazinski. Sie ist 19, als die Wohnung, in der sie mit ihrer Mutter lebt, bei einem Bombenangriff zerstört wird. Tage später stirbt Erna in den Trümmern nach Resten ihrer Habe – und wird verhaftet. Sie soll geplündert haben. Das Sondergericht Braunschweig verurteilt sie als „Volksschädling“ zum Tode. Hinrichtung am 23. November 1944 im Gefängnis Wolfenbüttel.

Die Justiz hätte Erna Wazinski auch „Unterschlagung“ vorwerfen können, die Strafe wäre ebenfalls drastisch ausgefallen, aber eben nicht tödlich. Richter, die milde urteilten, wurden von den Nationalsozialisten nicht gerade geliebt, aber auch nicht verfolgt. Mehr als eine Strafversetzung mussten sie nicht gewärtigen – und hätten ein Leben gerettet. Für Wilhelm Hirte, Staatsanwalt, und die Richter am Sondergericht Braunschweig, Walter Ahrens und Walter Lerche, war der Tod von Wazinski nur ein Trittstein ihrer Karriere. Als fügsamer Jurist kam man weiter. Lerche machte auch nach 1945 Karriere, als Christ, als Funktionär der evangelisch-lutherischen Landeskirche, die ihm zu seinem Tod 1962 ein „gesegnetes Gedenken“ zu halten versprach. Staatsanwalt Hirte lebte länger und geriet in den Sog politischer Aufmerksamkeit. Er ließ sich 1967 in den vorzeitigen Ruhestand versetzen und genoss seine Pension bis 1986.

Erna Wazinski und die Männer, die sie auf dem Gewissen haben, werden in der Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus – Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“ des niedersächsischen Justizministeriums dargestellt, die inzwischen an zehn Gerichtsorten des Bundeslandes gezeigt wurde. Bis 31. Januar macht sie jetzt Station in Stade, danach ist sie in Nordenham. Vor Ort wird die Ausstellung durch die Dokumentation lokaler Justizgeschichten ergänzt.

„Zum ersten Mal wurde die Geschichte der NS-Justiz flächendeckend für ein Bundesland aufgearbeitet“, erklärt Wilfried Knauer von der Gedenkstätte der JVA Wolfenbüttel, die die Ausstellung konzipierte. Das Unrecht im Gewand der schwarzen Robe begann mit Ergebnisadressen der Ju-

ristenverbände an den Führer, setzte sich fort mit Entlassungen jüdischer Richter und Berufsverboten für jüdische Rechtsanwälte. Ohne nennenswerten Widerstand ließ sich die Justiz gleichschalten. Der NS-Staat brauchte keinen Druck auszuüben, damit die Justiz ihren Part bei der Verfolgung politischer Gegner übernahm und gleichzeitig Verbrechen von SA und SS ungesühnt ließ. Staatsanwälte und Richter jedes beliebigen Amtsgerichts hatten Anteil am Staatsterror. Wie im Fall Erna Wazinski hatten sie vielfach eine Alternative, hätten die Gesetze auch anders auslegen können.

Kein Richter ist jemals für ein Urteil, das nicht im Sinn der „Volksgemeinschaft“ war, bestraft worden. Kein NS-Richter ist nach 1945 strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Vielmehr funktionierten die alten Seilschaften weiter, wie ein Fall zeigt, um den die Ausstellung in Stade erweitert wurde. Der Bauingenieur Hermann Gräbe (1900 – 1986) trat beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als einziger deutscher Belastungszeuge auf. Gräbe durfte in Yad Vashem einen Baum pflanzen, weil er sich wie ein Gerechter verhalten und Juden vor dem Mord gerettet hatte (BnR 12/03). Infolge Gräbes Aussage war 1960 der ehemalige Gebietskommissar in der Ukraine Georg Marschall vom Landgericht Stade wegen Mordes verurteilt worden. Friedrich Schümann und Alfred Schroiff bekamen Marschall dennoch frei, indem sie den Zeugen Gräbe verunglimpften. Schümann und Schroiff, der Rechtsanwalt und der Leitende Oberstaatsanwalt aus Stade, waren Kriegsgerrichter und Sonderrichter in dem Gebiet gewesen, in dem Marschall mordete.

Der Fall Gräbe ist ein Bindeglied zwischen NS-Justiz und Umgang der Justiz mit NS-Verbrechen. 84 000 „heimliche Begnadigungen“ gab es schätzungsweise. 84 000 Ermittlungsverfahren gegen NS-Täter, die von Staatsanwälten wie dem ehemaligen Sonderrichter Schroiff eingestellt wurden, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon mit bekam. Das Gros der entsprechenden Akten liegt noch bei den Staatsanwaltschaften und wird derzeit erstmals von der deutschen historischen Forschung in den Blick genommen. Bisher ist die umfangreichste und zuverlässigste Übersicht eine Auswertung von Urteilen, die in Amsterdam erarbeitet wurde. Das Urteil gegen Erna Wazinski wurde von einer Strafkammer des Landgerichts Braunschweig im März 1991 aufgehoben. Erst 1998 beschloss der Bundestag die generelle Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile.

Uwe Ruprecht

Seitenblick**Tage der Erinnerung**

Zum Jahresbeginn macht der „blick nach rechts“ wieder auf wichtige zeitgeschichtliche Daten aufmerksam.

Am Anfang steht der 3. Oktober 1889. Vor 115 Jahren wurde in Hamburg Carl von Ossietzky geboren – später einer der berühmtesten deutschen Publizisten. Der langjährige Chefredakteur der linken, pazifistischen Zeitschrift „Weltbühne“ erhielt 1935 den Friedensnobelpreis. Ossietzky durfte aber nicht nach Oslo reisen, um den Preis entgegenzunehmen, weil die Nazis ihm das verboten. Sie deportierten ihn stattdessen in eines der frühen Konzentrationslager im Emsland.

In Paris wurde am 22. Dezember 1894 der französische Major Alfred Dreyfuss wegen Vaterlandsverrats zu lebenslanger Haft verurteilt und aus der Armee ausgestoßen. Strafverfahren und Verurteilung kamen der öffentlichen Judenfeindschaft entgegen. Das Urteil wurde erst unter dem Druck berühmter französischer Intellektueller nach einigen Jahren aufgehoben. Der Prozess hatte weltweit für Empörung gesorgt.

Vor 85 Jahren – am 19. Februar 1919 – wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert (SPD) zum vorläufigen Reichspräsidenten. Wenige Monate später – 11. August 1919 – verabschiedete die Nationalversammlung in Weimar die neue Verfassung.

Es folgt der Sprung in die Nazizeit. Am 30. Juni 1934 werden in München die Spitzen der SA auf Befehl Hitlers ermordet – einschließlich des SA-Chefs Ernst Röhm. Hitler übernimmt persönlich die Verantwortung für diesen Massenmord. Angeblich wollte Röhm gegen Hitler putschen. Tatsächlich sollte die SA geschwächt werden. Die Mär vom „Röhmputsch“ lebt bis heute.

Vor 70 Jahren, am 2. August 1934, begann Hitlers uneingeschränkte Herrschaft. An diesem Tag stirbt Reichspräsident Paul von Hindenburg. Hitler lässt sich am selben Tag zum „Führer und Reichskanzler“ wählen und die Wehrmacht auf sich vereidigen. Am 3. April 1939 – vor 65 Jahren – erteilt Hitler die Anweisung, den Überfall auf Polen vorzubereiten. In der Planung beginnt damit der Zweite Weltkrieg. Vier Monate später, am 23. August 1939,

unterzeichnen Hitlers Außenminister von Ribbentrop und sein sowjetischer Kollege Molotow den „Hitler-Stalin-Pakt“. In einem geheimen Zusatzabkommen zu dem Nichtangriffspakt wird die Teilung Polens festgeschrieben. Eine Woche später – am 1. September 1939 – beginnt mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Polen muss nach drei Wochen kapitulieren. Um die nun einsetzende SS-Herrschaft zentral steuern zu können, wird am 27. September in Berlin die Terrorzentrale „SS-Reichssicherheitshauptamt“ gegründet.

Jahrzehntelang vergessen war der 8. November 1939. An jenem Tag versuchte der Handwerker Johann Georg Elser in München, Hitler durch Sprengstoff zu töten. Der Versuch misslang, weil Hitler früher als vereinbart die Versammlung verließ. Elser wurde auf der Flucht in die Schweiz von der Gestapo verhaftet, in ein KZ verschleppt und kurz vor Kriegsende ermordet.

Vor allem für die UdSSR begann das Jahr 1944 mit einer guten Nachricht. Nach jahrelanger Belagerung durch deutsche Truppen wurde am 12. Januar 1944 – also vor 60 Jahren – die Millionenstadt Leningrad von der Roten Armee befreit. Hitler hatte befohlen, die Stadt auszuhungern, das heißt, die Menschen durch Hunger umzubringen.

■ Vor 60 Jahren deutsche „Endlösung“ für die Juden in Italien und Ungarn ■

Nachdem Italien im Herbst 1943 auf die Seite der Alliierten gewechselt war, begannen deutsche Einheiten im besetzten Griechenland ehemalige italienische Verbündete regelrecht abzuschlachten. Die Massenmorde dürften in naher Zukunft wissenschaftlich untersucht werden. Anfang 1944 erreichte die deutsche „Endlösung“ auch die italienischen jüdischen Gemeinden. In der Nacht vom 4. zum 5. Februar 1944 verlässt der erste Transport mit 600 Juden Italien Richtung Auschwitz. Am 19. Februar beginnen die Transporte italienischer Juden aus dem KZ Fossoli nach Bergen-Belsen. In Ungarn leben zu dieser Zeit noch etwa 400 000 Juden. Sie werden Anfang April 1944 in einer Art von Blitzaktion nach Auschwitz verschleppt. 250 000 sterben unmittelbar nach der Ankunft in den Gaskammern von Birkenau. Es war der größte Massenmord in der Geschichte des Lagers.

Der 6. Juni 1944 bleibt für immer mit dem Verlauf des Zweiten Weltkrieges verbunden. An diesem

Tag landen die Alliierten in der Normandie – die Befreiung Europas beginnt. Vier Tage später fällt das französische Dorf Oradour sur Glane einer SS-Einheit zum Opfer. Nach einem Anschlag französischer Untergrundkämpfer bringen SS-Angehörige 600 Kinder, Frauen und alte Männer um, das Dorf wird verbrannt. Knapp zwei Wochen nach der Eröffnung der „Westfront“ durch die Landung in der Normandie beginnt am 22. Juni 1944 an der „Ostfront“ eine Großoffensive der Roten Armee – auf den Tag genau drei Jahre nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni 1941.

Zum festen Bestandteil deutscher Geschichtsdaten gehört das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juni 1944. Aus Anlass des Jahrestages soll in der ARD eine neue Dokumentation über diesen misslungenen Tyrannenmord gesendet werden.

Der 22. Juli 1944 wurde und wird in der Forschung kaum beachtet. An diesem Tag wird das erste NS-Vernichtungslager befreit – Majdanek südlich von Lublin. Der Roten Armee fällt ein fast völlig intaktes Lager in die Hände samt Gaskammern, Krematorien, Tonnen von Menschenhaar und vieles andere mehr. In Polen werden Strafverfahren wegen der Verbrechen in Majdanek geführt, doch die Alliierten nutzen nicht die nun bestehende Möglichkeit, die NS-Verbrechen dokumentarisch auszuwerten. In Erinnerung gerufen werden soll auch der Häftlingsaufstand in Auschwitz-Birkenau am 7. Oktober 1944.

Polen gedenkt jedes Jahr des Aufstandes der Warschauer Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer am 1. August 1944. Bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft 1989 durfte nicht öffentlich gefragt werden, warum die Rote Armee, die bereits am Ostufer der Weichsel in Warschau stand, den Deutschen bis Anfang 1945 Zeit ließ, den Aufstand blutig niederzuschlagen und die Stadt dem Erdboden gleich zu machen. Der 60. Jahrestag des Aufstandes – nicht zu verwechseln mit dem Ghettoaufstand 1943 – wird für Polen ein großes Ereignis sein. Ähnliches dürfte für Paris gelten, das Alliierte am 8. September 1944 von der deutschen Besatzung befreiten.

Erinnert werden soll hier aber auch an die Änderung des deutschen Strafrechts am 6. August 1969 durch den Bundestag, wodurch mittels eines Tricks alle Mitarbeiter der Terrorzentrale „Reichssicherheitshauptamt“ amnestiert wurden – ein kaum bekannter Skandal.

Heiner Lichtenstein

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 49–52/03/1/04: Die Bundestagsdebatte über Antisemitismus vom 11. Dezember offenbart für Dieter Stein ein „gestörtes Selbstwertgefühl“. Es gehe um „Schuld“, ‚Verantwortung‘, ‚Wiedergutmachung‘, wenn von „den Deutschen“ die Rede sei. Der JF-Chefredakteur konstatiert angesichts des „Falls Hohmann“ den „beklemmende(n) Eindruck eines immer totalitäreren Züge annehmenden politischen Klimas in Deutschland. Unentwegt verteidigten „ideologische Kammerjäger und Gesinnungsgouvernanten Demokratie und Liberalität ... – ausschließlich gegen ‚Rechts‘“, geißelt Klaus Hornung. Vera Lengsfeld kritisiert eine „Gesinnungsdemokratie“, gesteuert unter anderem von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Unser Land werde „mit ‚politisch-korrekten‘ Verdikten autoritär überzogen“ und „wer sich diesen anmaßenden Vorgaben nicht beugt, aus der Gemeinschaft der ‚Anständigen‘ ausgeschlossen“, so die CDU-Bundestagsabgeordnete. Mit dem Holocaust-Mahnmal würden die geistigen und kulturellen Traditionen „unter Betonmassen begraben“, die Deutschen damit als „ewiges Mördervolk an die Person Hitlers gekettet“, zürnt Doris Neujahr. Norman Gutschow berichtet über eine Tagung des JF-nahen Instituts für Staatspolitik. Der Historiker Karlheinz Weißmann sieht demzufolge in der Krise im ökonomischen und politischen System eine Chance auf Veränderung der Vergangenheitspolitik, da die Zustimmung zu der Reform einer „positiven Besetzung der Nationalgeschichte“ bedürfe. Hans Joachim von Leesen mokiert sich über 8000 antifaschistische Gedenkstätten, während die Gefallenen-Gedenkstätten mehr und mehr beseitigt würden. Auch am SS-Ehrenmal in der Taunusgemeinde Marienfels habe eine Teildemontage stattgefunden, der Anspruch von 20 000 „gefallenen Soldaten auf ein würdiges Angedenken“ würde nicht respektiert, Geschichte „entsorgt“ werden, prangert Moritz Schwarz an. Der Entwurf zum EU-Verfassungskonvent schaffe ein Europa, „das sich selbst zu lähmender Ohnmacht verdammt hat“, wie es sich die USA eben wünsche, bilanziert der neurechte Vordenker Alain de Benoist. Als „Glücksfall für die junge deutsche Rechte“, würdigt Hans von Sothen den Franzosen anlässlich dessen 60. Geburtstags. Abgedruckt ist ein Text des Ex-SDSlers Bernd Rabehl, den der bei der Münchner Burschenschaft Danubia vorgetragen hat.(gn)

Meldungen**Inland**

■ **Bruchköbel** – Herbert Gassen (Bruchköbel, Hessen), Vorsitzender des Arbeitskreises konservativer Christen (AKC), ist aus der CDU ausgetreten. Er hält die CDU für nicht mehr reformierbar. Der AKC war im Gefolge der Hohmann-Affäre ins Gespräch gekommen. Auf seiner Homepage fanden sich geschichtsrevisionistische und antisemitische Klischees.

■ **Dortmund** – Der Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt musste bei einem Berufungsverfahren vor der XV. Strafkammer des Landgerichts Dortmund den Rückzug antreten. Die Vorsitzende Richterin hatte dem 50-jährigen Borchardt während der Verhandlung Anfang Dezember verdeutlicht, dass er keinesfalls mit einem Freispruch rechnen könne. Im Gegenteil wies sie den einstigen FAP-Spitzenfunktionär darauf hin, dass das Urteil ihrer Kammer noch höher als die erstinstanzlichen vier Monate ausfallen könne. Das Dortmunder Amtsgericht hatte Borchardt im vergangenen März wegen des abgewandelten Hitlergrußes und Beleidigung vom Juli 2002 zu ebendiesen vier Monaten verurteilt (BnR 6/03). Derzeit sitzt Borchardt eine neunmonatige Haftstrafe wegen Körperverletzung (BnR 2/03) ab.

■ **Fürth** – Im Alter von 64 Jahren ist der Fürther Holocaust-Leugner Hans-Jürgen Witzsch verstorben. Witzsch, ehemaliger CSU-Stadtrat und Oberstudienrat, saß 2002 eine mehrmonatige Haftstrafe wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ab. Bis zuletzt leitete Witzsch, Autor in „Nation&Europa“, den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ sowie der „Aula“, den geschichtsrevisionistischen „Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik e.V.“. Für den Arbeitskreis steht „außerhalb jedes vernünftigen Zweifels fest, dass die Behauptung von Gaskammern in der NS-Zeit als Vernichtungseinrichtungen eine Erfindung der Kriegs-Gräuelpropaganda“ sei, für die es „keinerlei Sachbeweis“ gebe.

■ **Hannover** – Wegen des Verdachts der Volksverhetzung hat die Polizei am 16. Dezember Wohnungen von Mitgliedern der Neonazi-Band „Stahlgewitter“ durchsucht. Zahlreiche CDs wurden bei durchsuchten Objekten in Meppen (Emsland), Köln, Bonn und Winterthur (Schweiz) sichergestellt. Die

im Mai 2002 erschienene dritte CD von „Stahlgewitter“ hatte nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes eine Auflage von rund 9000 Exemplaren. Produziert wurde die CD von Jens-Ulrich Hessler (Lingen). Seit 1997 tritt die im Jahr 1995 gegründete Rechts-Kombo „Stahlgewitter“ bei Konzerten auf.

■ **Homburg/Saar** – Der Andreas-Hofer-Bund (München), der sich die Wiedervereinigung Tirols auf die Fahnen geschrieben hat, hat auf seiner Bundesversammlung in Homburg Bernhard Gartner-Volkmann (Leutenbach-Weiler) zum Bundesobmann gewählt. Gartner-Volkmann ist unter anderem Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“, der „Jungen Freiheit“, Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung“ und war auch bei Treffen der Deutschland-Bewegung in Stuttgart-Bad Cannstatt vor Ort. Stellvertreter Gartner-Volkmanns ist Andreas Pinggera. Der bisherige Bundesobmann Wolfram Lindner, Fregattenkapitän a.D., wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

■ **Hoyerswerda/Cottbus** – An dem Neonazi-Doppelaufmarsch am 13. Dezember nahmen in Hoyerswerda 240 Personen und in Cottbus circa 300 Personen teil. Redner in Hoyerswerda waren neben anderen Philipp Hasselbach, Thorsten Heise und Georg Paletta. In Cottbus sprachen unter anderem Ivonne Mädel, Lars Käßler und Gordon Reinholz. Die Rede von Günter Deckert, der wegen einer Operation verhindert war, wurde verlesen. Veranstalter der Doppeldemonstration waren Christian Worch (Hamburg) und Lars Käßler (Neckarwestheim), Bundesvorsitzender der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“.

■ **Köln** – „Freiheit für Saddam“ fordernd, ging ein Häufchen Neonazis am 20. Dezember in Köln auf die Straße. Gerade einmal 18 Teilnehmer wurden bei der von Paul Breuer (Kampfbund Deutscher Sozialisten) angemeldeten Kundgebung für Iraks Ex-Diktator gezählt. Neben den beiden Kölnern Breuer und Axel Reitz trat auch Stephan Sieben aus Lohmar als Redner auf. Reitz, der früher bereits den Irak als „orientalische Variante des nationalsozialistischen Volksstaates“ bezeichnet hatte, meinte bei der Kundgebung, Saddams Verbleib in einem Erdloch sei nicht unehrenhaft gewesen, da er in seiner Heimat und bei seinem Volk ausgeharrt habe, wie dies seinerzeit auch der Führer getan habe.

■ **Lübeck** – Vor dem Gefängnis in Lübeck-Lauerhof fand am 13. Dezember eine aus Kreisen des

„Aktionsbüro Norddeutschland“ (Tobias Thiessen) initiierte Mahnwache unter dem Motto „Nazis raus – aus dem Knast!“ statt. Die Aktion galt in erster Linie dem dort inhaftierten Neonazi Peter Borchert. Christian Worch kritisierte später diese Solidaritätsaktion heftig, da Borchert nicht wegen politischer Delikte, sondern wegen „Erwerbskriminalität“ einsitze. Worch: „Solche Veranstaltungen sind ein echter Schuss in den Ofen!“

■ **Nettetal** – Der Verlag Vox Libri (Nettetal) von Jirka Buder, vormals Aktivist der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Gruppen Nationalistische Front und Wiking-Jugend, hat zum 90. Geburtstag des NS-Kampf- und Jagdfliegers Hajo Herrmann ein Kapitel aus dessen Autobiografie „Bewegtes Leben“ als CD vorgestellt. Unterlegt ist die Erzählung durch Musik. Den Eingangsprolog spricht Herrmann, der schon in den Reihen der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg kämpfte, persönlich. Herrmann arbeitet heute noch als Rechtsanwalt in Düsseldorf. In einem Interview mit der „National-Zeitung“ im Februar 2003 betonte Herrmann, dass die deutsche Wehrmacht bei ihren Angriffen auf Warschau und Rotterdam „nicht die Städte bombardiert“ habe, „sondern die Gegner, die sich am Stadtrand verschanzt hatten.“

■ **Schwarzenborn** – Auf dem „Reichshof“ des inhaftierten Rechtsextremisten Manfred Roeder wurde am 20. Dezember 2003 die Wintersonnenwende gefeiert. Sina Reichenbach, die Leiterin des Heimabendkreises Knüll, eröffnete das Programm mit einer Grußbotschaft von Roeder. Das Programm gestalteten unter anderem die „bekannte Demorednerin“ Ivonne Mädels aus Meiningen, Peer Wustmann, Kameradschaftsaktivist aus Pirna, und der Liedermacher Manuel Zieber. Der Ex-ANS/NA-Kader Hartmut Wostupatsch bot einen „Überblick über das Wesen und den Sinn des Julfestes sowie über die Widerwärtigkeiten der unserer germanischen Artseele völlig fremden, abstoßenden vorderorientalischen Wüstenreligion des Mosaismus und ihrem Ableger für Nichtjuden, Hobbyjuden und Judenknechte: dem Christentum.“ Gerd Ittner, der über das Treffen auf dem Knüll einen Bericht verfasst hat, gab einen „Rück- und Ausblick auf den Freiheitskampf des Nationalen Widerstands mit der Grundlage einer auf unseren geschichtlichen, politischen und menschlichen Vorbildern beruhenden Weltanschauung.“ Hauptvortragsredner des Heimabends war Uwe Bradler aus Magdeburg von der „Kommissarischen Reichsregierung“ in Berlin. Zugewogen bei der Sonnenwendfeier waren ferner zwei

Vertreter der „Schriftleitung“ des Heimatschutz-Netzwerks (www.heimatschutz.org) aus dem „Gau Thüringen“.

■ **Stolberg** – Rund anderthalb Jahre, nachdem in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von DVU-Kreisverbänden geschlossen zur NPD übergetreten sind, hat sich ein neuer Kreisverband (KV) Aachen-Heinsberg gegründet. Laut eigener Homepage hat der KV seinen Sitz in Stolberg, wo bis zu dem Übertritt der ebenso zur NPD gewechselte Ratsmann Willibert Kunkel (BnR 23/03) die rechtsextreme Partei geführt hatte. Zum Jahreswechsel fiel der neue KV dadurch auf, dass am helllichten Tag DVU-Vertreter in Stolberger Stadtteilen „Bürgerinfos“ (Handzettel) in Briefkästen verteilten. Im Zuge der Kürzungen im Gesundheitswesen hetzen sie dabei gegen Migranten, indem sie die steigenden Kosten bei „dem Bürger“ dagegen aufrechnen, dass „Angehörige“ von in Deutschland lebenden Migranten über diese krankenversichert seien – selbst „ganze Großfamilien“ würden sich in den Heimatländern bei den Deutschen Sozialkassen bedienen, sogar noch dann, wenn deren einziges in Deutschland lebendes Familienmitglied „arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger“ sei. Ebenso behauptet die DVU in dem Handzettel, dass Krankenkassenmitglieder nur noch Billigmedikamente erhielten, „Strafgefangene, Asylbewerber oder Sozialhilfeempfänger“ aber weiter „teure Originalmedikamente“ bekämen.

■ **Stuttgart** – Der Bezirksbeirat der rechtsextremen Republikaner in Stuttgart-Stammheim, Heinrich A., (51) soll 1984 eine damals 12-jährige Schülerin in der Nähe von Ludwigsburg auf einem Reiterhof vergewaltigt und erdrosselt haben. Ein DNA-Test brachte den bereits nach der Tat zu den Verdächtigen zählenden Justizwachtmeister nun wegen dringenden Tatverdachts hinter Gitter. Der Bezirksvorsteher des Stuttgarter Stadtteils Stammheim berichtet gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“, dass der als unauffällig geltende REP-Bezirksbeirat „immer für Gerechtigkeit war“ und „dafür, dass die Leute bestraft werden“. Bislang bestreitet A. die Tat.

■ **Trier** – Der Jura-Student, JN-Funktionär und NHB-Aktivist Safet Babic (Trier) zog als Listenführer der NPD-nahen „Freiheitlich-Sozialen Liste“ (FSL) in das Studentenparlament der Universität Trier ein. Babic, der seit 1998 regelmäßig für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zur Feder greift, propagiert innerhalb der NPD die „intellektuelle

Aufrüstung“ zur Schaffung des „nationalen Politikwechsels“. „Bildungsverweigerung“, so der „europäische Befreiungsnationalist bosnischer Herkunft“ (Eigenbezeichnung), sei eine der „Hauptursachen des Scheiterns nationaler Politik in der BRD.“ Babic beklagte unlängst in der „Deutschen Stimme“, dass zwar das „nationalistische Bildungsangebot besteht, es jedoch kaum wahrgenommen“ werde: „Während Musikabende regen Zulauf haben, werden Schulungen schwach besucht oder müssen sogar ausfallen.“ Deshalb müsse die „systematische Schulungsarbeit in der NPD mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Es darf keinen Kreisverband mehr geben, in dem nicht mindestens alle zwei Monate eine Schulung durchgeführt wird.“, forderte Babic.

Ausland

■ **Italien (Rom)** – Alessandra Mussolini, die Enkelin des italienischen Diktators Benito Mussolini, tritt bei der Wahl zum Europa-Parlament im Juni 2004 für ein Bündnis aus drei rechten Parteien an. Wie die frühere Schauspielerin am 18. Dezember auf einer Pressekonferenz in Rom mitteilte, kandidiert sie selbst für die aus der faschistischen Partei ihres Großvaters hervorgegangene Italienische Soziale Bewegung (MSI). Diese geht für die Wahl mit den beiden rechtsextremen Parteien Forza Nuova (FN) und Nationale Soziale Front (FSN) eine Listenverbindung ein. Von den drei Parteien hatte der MSI bei den Parlamentswahlen 2001 mit 0,39 Prozent die meisten Stimmen erhalten, FSN und FN kamen auf 0,06 und 0,04 Prozent.

■ **USA (Moscow, Idaho)** – Der international bekannte Holocaust-Leugner David Irving war kein gerne gesehener Gast im Mark IV Motor Inn in Moscow im Bundesstaat Idaho. Nach Angaben des Hotelmanagers hatte Irving unter dem Namen Alfred Holden einen Saal für den 16. Dezember gebucht, um dort eine Veranstaltung abzuhalten. Nachdem der Manager davon Wind bekommen hatte, wer ihn hier mit seinem Besuch beglücken wollte, lud er kurzentschlossen Irving wieder aus und schloss das Hotel für den besagten Tag mit der Begründung, unter keinen Umständen etwas mit Personen wie Irving zu tun haben zu wollen. Vor verschlossenen Türen stehend, kündigte der erboste Irving an, das Hotel auf 2000 Dollar Schadenersatz verklagen zu wollen. Zeitungsmeldungen zufolge hatte Irving jedoch unter anderem Namen einen Saal in einem anderen Hotel am Ort gebucht, in dem die Veranstaltung dann stattfand.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 01/2004 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **USA (Alabama)** – Der in den USA lebende Justizflüchtling Germar Rudolf hat nach langer Zeit wieder einen persönlichen Rundbrief veröffentlicht. Rudolf teilt mit, dass die 1. Instanz der US-Einwanderungsbehörde seinen Asylantrag abgelehnt habe. Er will jetzt bis vor das US-Bundesverfassungsgericht ziehen. Eigenangaben Rudolfs zufolge expandiert sein Verlagsimperium Castle Hill Publishers. Erneut attackiert Rudolf das Institute for Historical Review: „Mark Weber hat den Laden dermaßen heruntergewirtschaftet ... dass es noch nie eine größere Bedrohung für den Revisionismus gegeben hat ...“ In der Bundesrepublik hat Rudolf weiterhin sein Konto bei der Heidenheimer Volksbank.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.